

## **Statement zur geplanten Führerscheinreform**

### **Führerscheinreform – ja. Führerscheinkosten senken – ja. Aber niemals auf Kosten der Verkehrssicherheit.**

Wir sind absolute Befürworter sinnvoller Reformen. Wir sind bereit, unseren Beitrag zu einer modernen und zukunftsfähigen Fahrausbildung zu leisten. Aber eines ist nicht verhandelbar: Die oberste Grundlage muss immer Verkehrssicherheit und Verantwortung sein. Alles andere ist inakzeptabel. Experimente auf Kosten von Menschenleben? Nicht mit uns.

#### **Günstiger – aber richtig**

Wenn die Führerscheinausbildung günstiger werden soll, dann zuallererst durch politische Entlastung – nicht durch Qualitätsabbau. Förderprogramme, eine Senkung der Mehrwertsteuer oder eine steuerliche Anerkennung der Ausbildung wären realistische und sofort umsetzbare Maßnahmen. Wer wirklich entlasten will, muss strukturell handeln – nicht an der Qualität der Ausbildung sparen.

Ein wissenschaftlich begleiteter Reformentwurf – „Optimierte Fahrschulausbildung 2 (OFSA 2)“ – lag dem CDU-geführten Verkehrsministerium bereits vor. Ziel war die nachhaltige Senkung der Unfallzahlen junger Menschen, gestützt auf Fachgutachten und entwickelt von ausgewiesenen Experten. Darüber hinaus wurden dem Ministerium weitere konstruktive und verkehrssichere Vorschläge unterbreitet – praxisnah, fachlich fundiert und lösungsorientiert.

Doch statt diese Impulse ernsthaft zu prüfen und gemeinsam weiterzuentwickeln, entsteht der Eindruck, dass konstruktive Ansätze nicht ausreichend berücksichtigt werden. Stattdessen wird von der CDU öffentlich mit dem Schlagwort „billiger Führerschein“ geworben – offensichtlich mit Blick auf junge Wählerstimmen. Ein günstigerer Führerschein klingt attraktiv, gerade für 16-jährige Erstwähler. Doch griffige Schlagzeilen ersetzen keine verantwortungsvolle Verkehrspolitik. Wenn sicherheitsrelevante Standards aufgeweicht werden, um kurzfristig Zustimmung zu gewinnen, ist das kein tragfähiges Reformkonzept, sondern Wahlkampfrhetorik.

#### **Vision Zero – Anspruch und Wirklichkeit**

Die Bundesregierung hat auf Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD 2021 die Strategie „Vision Zero“ ins Leben gerufen (Bundestag-Drucksache 19/29766) – mit einem klaren Ziel: langfristig keine Verkehrstoten mehr in Deutschland. Dieses Leitbild wurde vom Deutschen Bundestag beschlossen, verabschiedet und 2024 nochmals bestätigt. „Vision Zero“ bedeutet unmissverständlich: Jeder Verkehrstote ist einer zu viel. Verkehrssicherheit steht über politischen Interessen. Prävention hat Vorrang. Verantwortung ist nicht verhandelbar. Wer heute Reformmodelle forciert, die nach Einschätzung zahlreicher Praktiker und Fachleute Risiken erhöhen können, stellt dieses Leitbild faktisch infrage.

Der Eindruck drängt sich auf, dass eine einst mitgetragene Sicherheitsstrategie nun zugunsten kurzfristiger Wahlkampfeffekte relativiert wird. Statt konsequent an der Reduzierung von Unfallzahlen zu arbeiten, wird von der CDU mit der Schlagzeile „billiger Führerschein“ um Zustimmung geworben. Wenn „Vision Zero“ politisch beschlossen wird, gleichzeitig aber Maßnahmen diskutiert werden, die vor allem im Wahlkampf um junge Wählerstimmen punkten sollen, entsteht ein klarer Widerspruch zwischen Anspruch und Realität. Wenn sicherheitspolitische Grundsätze aufgeweicht werden, um politische Sympathiepunkte zu sammeln, ist das kein Fortschritt – sondern ein gefährlicher Rückschritt.

Verkehrssicherheit ist kein Wahlkampfinstrument, sondern eine Verpflichtung gegenüber jedem Menschen.

#### **Verantwortung geht vor**

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt: Deutschland gehört zum „Team Vorsicht“. Risiken werden ernst genommen, Schutz hat oberste Priorität. Dieses Prinzip muss auch im Straßenverkehr gelten und darf nicht für kurzfristige politische Ziele geopfert werden.

#### **Laien auf dem Beifahrersitz? Ein Risiko.**

Wer die Ausbildung billiger machen will, indem er Laien auf den Beifahrersitz setzt, erhöht das Risiko im Straßenverkehr. Da sind sich alle Experten einig.

Laien auf dem Beifahrersitz haben:

- keine Doppelpedale
- keine pädagogische Ausbildung
- keine systematische Schulung in Verkehrswahrnehmung und Gefahrenvermeidung
- keine Erfahrung im sofortigen Eingreifen bei kritischen Situationen

Verkehrswahrnehmung bedeutet, komplexe Situationen frühzeitig zu erkennen: Blickführung, Risikoeinschätzung, antizipierendes Denken. Gefahrenvermeidung heißt, Risiken gar nicht erst entstehen zu lassen. Das lernt man nicht nebenbei. Das lernt man nicht von Laien. Das lernt man durch strukturierte, professionelle Ausbildung. Ohne Doppelpedale wird jede kritische Situation unmittelbar gefährlich. Sekunden entscheiden über Leben und Tod.

Wir Fahrlehrer verhindern täglich Unfälle, bevor sie entstehen – durch Erfahrung, geschulte Wahrnehmung und sofortiges Eingreifen.

### **Das Märchen vom billigen Führerschein**

Leere Versprechen von Politikern kennt inzwischen jeder – nicht selten scheint nach der Wahl ein erstaunlicher Gedächtnisverlust einzusetzen. Angekündigte Entlastungen bleiben aus, stattdessen folgen neue Auflagen und zusätzliche Belastungen. Die Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und politischer Realität ist für viele Bürger deutlich spürbar.

Eine entscheidende Frage bleibt vom CDU-Verkehrsminister völlig unbeantwortet:

Wie soll der Führerschein durch eine derart unausgereifte Reform tatsächlich günstiger werden?

Fahrschulen müssen, wie jedes andere Unternehmen auch, kostendeckend arbeiten. Das gilt heute und das gilt auch morgen. Die aktuelle politische Diskussion vermittelt in der Öffentlichkeit fälschlicherweise den Eindruck, Fahrschulen würden sich die „Taschen voll machen“ – eine Behauptung, die offensichtlich von der Politik gezielt gesteuert wird. Sie ist nicht nur sachlich vollkommen falsch, sondern eine krasse Herabwürdigung eines Berufsstandes, der Tag für Tag Verantwortung für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer trägt.

Die massiven Preissteigerungen der vergangenen Jahre, wie in allen Branchen, sind in erster Linie das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen, steigender Abgaben und immer neuer gesetzlicher Auflagen. Wer pauschal den Fahrschulen die Schuld zuschiebt – so, wie es die Politik tut – lenkt bewusst von den tatsächlichen Ursachen dieser Kostenexplosion ab.

Neue Strukturen bedeuten neue organisatorische, haftungsrechtliche und wirtschaftliche Risiken. Diese müssen einkalkuliert werden. Wir tragen zudem soziale Verantwortung – für unsere Mitarbeiter/innen und für deren Familien. Fahrlehrer/innen leisten täglich hochkonzentrierte, verantwortungsvolle Arbeit. Sie verdienen sichere Arbeitsplätze, faire Vergütung und wirtschaftliche Stabilität. Politische Experimente dürfen auf keinen Fall Existenzen gefährden.

Preissteigerungen sind unter den von der CDU geplanten Bedingungen praktisch unvermeidlich. Um wirtschaftlich bestehen zu können und eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, müssen Fahrschulen ihre Preise womöglich deutlich anheben. Weniger Fahrstunden bedeuten dann für den Kunden nicht automatisch niedrigere Kosten, vor allem wenn die einzelnen Stunden teurer werden. Gleichzeitig sinkt die Ausbildungsqualität erheblich. Fehlende Praxiszeit mit erfahrenen Fahrlehrern reduziert die Übung in sicherheitsrelevanten Situationen, schwächt das Vertrauen der Fahrschüler/innen im Straßenverkehr und gefährdet damit direkt die Verkehrssicherheit.

Hinzu kommt: Nicht jeder wird überhaupt Zugang zur „Laienausbildung“ haben. Eintragungen im Fahreignungsregister, fehlende Fahrerfahrung der Begleitperson, mögliche Einschränkungen bei Geschäftsfahrzeugen, versicherungsrechtliche Vorgaben oder persönliche Umstände – all das könnte die aktive Teilnahme an diesem Laienmodell faktisch ausschließen.

Und was ist mit den Versicherern?

Mehr Risiko = höhere Prämien. Es ist absehbar, dass die Kfz-Versicherungsbeiträge für solche Fahrten steigen könnten. Sollten bei solchen Laienfahrten Schäden entstehen, dann könnte es richtig teuer werden, auch für die Allgemeinheit.

Diese Aspekte werden öffentlich von der Politik nicht thematisiert, weil sie nicht zur Wahltaktik des „billigen Führerscheins“ passen. Stattdessen wird mit einem vermeintlichen Sparversprechen geworben – ein Narrativ, das sich gut in eine Wahlkampfstrategie einfügt, aber die komplexe Realität bewusst ausblendet. Am Ende des Tages könnte es wie so oft kommen: alles wird teurer.

## Die Arbeit der Fahrschulen verdient Wertschätzung

Die Zahl der im Straßenverkehr getöteten 18- bis 25-Jährigen ist seit 2005 um 70 Prozent gesunken – von 1.072 auf 319 im Jahr 2024. Auch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden, bei denen 18- bis 20-jährige Pkw-Fahrerinnen und -Fahrer als Hauptverursachende beteiligt waren, ging seit 2010 von 25.015 auf 13.862 zurück – ein Rückgang von 45 Prozent. Diese Erfolge sind einem jüngst veröffentlichten TÜV-Report zu entnehmen.

Einen entscheidenden Anteil daran hat auch der Berufsstand der Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer. Ihre qualitativ hochwertige Fahrausbildung senkt nicht nur die Unfallzahlen, sondern stärkt auch das Sicherheitsbewusstsein junger Fahrerinnen und Fahrer nachhaltig. Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer leisten damit einen zentralen Beitrag zur Verkehrssicherheit – und das jeden einzelnen Tag.

Durch gesetzlich vorgeschriebene jährliche Weiterbildungen verfügen Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer stets über die aktuellste Expertise in der pädagogischen Arbeit. Sie vermitteln nicht nur die Verkehrsregeln, sondern auch essenzielle Kompetenzen wie vorausschauendes Denken, Selbstkontrolle, Risikobewusstsein und Verantwortungsbewusstsein – Fähigkeiten, die junge Menschen auch in Schule, Studium und Alltag dringend benötigen. Ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihr Engagement sind daher unverzichtbar für die Sicherheit und Reife junger Fahrerinnen und Fahrer.

Bis Anfang 2026 genossen wir Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer hohe gesellschaftliche Wertschätzung. Seitdem jedoch, als der Verkehrsminister eine Reform angekündigt hat, bei der die professionell ausgebildeten, pädagogisch geschulten Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer, die sich regelmäßig weiterbilden, durch Laien ersetzt werden sollen, ist diese öffentliche Anerkennung völlig zu Unrecht drastisch gesunken. Dadurch wird der Eindruck vermittelt, als könnte jeder einen Fahrlehrer ersetzen – eine fatale Fehlinterpretation der Verantwortung und Expertise, die für die Verkehrssicherheit unverzichtbar ist. Dass der Fahrlehrerberuf politisch so abgewertet wird, ist ein skandalöser Angriff auf den gesamten Berufsstand, verantwortungslos, rücksichtslos und schlichtweg inakzeptabel.

Die Arbeit der Fahrschulen ist gesellschaftlich unverzichtbar. Fahrlehrer haben seit ihren Anfängen sehr wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit geleistet – nicht nur bezogen auf die Verkehrssicherheit, sondern auch auf die gesamte Mobilität. Es ist höchste Zeit, dass Politik und Gesellschaft dies wieder anerkennen, wertschätzen und den Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern endlich wieder die öffentliche Anerkennung und die Stellung einräumen, die sie verdienen.

## Unsere Haltung ist klar

Wir verteufeln keine Reformen – im Gegenteil: Vorschläge aus dem Berufsstand liegen dem CDU geführten Ministerium, wie oben dargestellt, seit Langem vor. Diese sorgen zudem für realistische Entlastungen und können zu günstigeren Preisen beitragen. Reformen müssen jedoch durchdacht, praxistauglich und vor allem sicherheitsorientiert sein. Ideologische Schnellschüsse oder unausgereifte Experimente auf Kosten aller Verkehrsteilnehmer lehnen wir entschieden ab.

- Sinnvolle Reformen? **Ja – wir sind dabei.**
- Günstiger durch strukturelle Entlastungen? **Ja.**
- Billiger um jeden Preis? **Nein.**
- Wahlkampf auf dem Rücken der Verkehrssicherheit? **Nein.**

Autos sind keine Spielerei. Sie sind potenziell tödliche Maschinen. Wer Menschen darauf vorbereitet, trägt eine sehr große Verantwortung - Verantwortung für unsere Kinder, für alle Verkehrsteilnehmer, für jedes einzelne Leben.

Es darf sich jeder seine eigene Meinung bilden – wir bleiben jedoch dabei:

**Verkehrssicherheit hat Vorrang. Diese Verantwortung duldet keine Experimente und keinen politischen Leichtsinn.**

Heiko Ruess

Februar 2026